

# Die DDR: ein Unrechtsstaat von Geburt an

20. Juli 1990 Volkskammer der DDR:

**Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 6:

**Antrag des Ministerrates  
Rehabilitierungsgesetz  
(1. Lesung)  
(Drucksache Nr. 157)**

.....

Nächster Redner ist der Abgeordnete Weißgerber, Fraktion der SPD.

.....

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich feststellen: Lenin als Kommunist war der erste Stalinist. Mit ihm begannen roter Terror und Massenhinrichtungen. Deshalb war es nicht der Stalinismus, es war der Kommunismus. Stalin übernahm lediglich den von Lenin geschaffenen Unterdrückungsapparat und seine Funktionalorgane. Er potenzierte den Blutzoll der leninschen Systeminstallation ins Unermeßliche.

.....

Rechts und links außen, wo ist da der Unterschied, meine Herren!

.....

Sie können sich schämen, das steht Ihnen sogar zu. – Ich will glauben, daß in Ihren Reihen unbelastete Menschen stehen, aber daß diese sich vor den Karren spannen lassen, unter dessen Räder so viele Menschen gerieten, genau das macht aus Unbelasteten wieder Belastete, denn dies ist eine Negierung und Verhöhnung der Opfer und schafft somit wieder Schuld.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Und sollte das Blatt sich noch einmal wenden, dann wird mit Sicherheit aus einer mit dem sozialistischen Feigenblatt versehenen Partei wieder eine leninistische Partei neuen Typus.

.....

Verehrte Abgeordnete! Sind Kommunisten oder Rechtsradikale an der Macht, dann finden sich Demokraten gegebenenfalls in Internierungslagern wieder; sind dagegen Demokraten an der Macht, dann finden sich Kommunisten gegebenenfalls sogar im Parlament wieder.

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU)

## **Linke Lebenslüge: Tendenz zum Unrechtsstaat**

Vor ihrer Regierungsbildung im Herbst 2014 sahen sich die Thüringer Linksaußenkoalitionäre in Zugzwang. Der Preis für das Konkubinat war hoch. SPD und Grüne brauchten das Linksaußenbekenntnis zum Unrechtsstaat DDR für große Teile ihrer Basis. Die Linksaußenpartei brauchte für ihren Marsch in die Bundesrepublik endlich einen eigenen Ministerpräsidenten und zwar um jeden Preis. Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik, verbunden mit der Chance, den [Kadaver Kommunismus](#) (Biermann) reinzuwaschen, so etwas rechtfertigt jede Wendung. Derlei Verrenkungen gab es in der Vergangenheit dieser Bewegung genügend. Wobei als dialektische Topleistung in Sachen ideologischer Schnellfüßigkeit noch immer der Gegenfürgegen-Hitler-Spagat während des Hitler-Stalin-Pakts in den Annalen verzeichnet ist.

Im Vergleich zu dieser Gehirnakrobatik vor über 70 Jahren ist die einmalige Unterschrift unter das Wort „Unrechtsstaat“ im Jahre 2014 wohl eher ein Katzensprung. Nicht der Rede wert sozusagen, für wahre Linke kein Problem. Solange das Ziel nicht gefährdet ist. Dennoch gab es Klagen ob dieses Attestes zum Unrechtsstaat DDR inner- und außerhalb der Linksaußenpartei. Was wiederum nicht verwunderlich sein kann. Die Linksaußenpartei bestand 2007 noch zu über 90 [Prozent aus überzeugten SED-Mitgliedern](#). Und diese sprachen bis in den Herbst 1989 hinein von sich und ihrer Partei immer nur als [Kommunisten und von Kommunistischer Partei](#). Ist dies allen Lesern noch gegenwärtig?

Das Sozialistische in ihrem Parteinamen entdeckten sie erst im Anpassungsdruck der Friedlichen Revolution 1989/90. Selbstverständlich nur aus Gründen der Markenpflege. So wie sich diese kommunistische und damit antidemokratische Partei situationsbedingt seit dem Spartakusbund immer wieder einen neuen Tarnnamen in ihrer unseligen Geschichte gab.

## **I**

### **Der Trick mit der Tendenz zum Unrechtsstaat**

In ihrer geschmeidig formulierten Mär über den Unrechtsstaat DDR bastelten sich Linksaußen, SPD und Grüne im Herbst 2014 in Thüringen eine Seufzerbrücke mit Sollbruchstelle:

*„Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“*

Demnach war die DDR nur in der Konsequenz ein Unrechtsstaat? In welcher Konsequenz? In der Konsequenz einer Diktatur? In der Konsequenz einer fehlerhaften Demokratie? In der Konsequenz fehlgehender Menschen in einer Demokratie? Was war eher? Unrecht oder Diktatur? Was bedingt was? Bedingt eine Diktatur den primären Willen zum Unrecht oder folgt sekundäres Unrecht der Diktatur?

Hier ist ein Blick in den Kreißsaal der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR vonnöten.

## II

### **26. April 1945: Die Gruppe Ulbricht startet den Unrechtsstaat**

Deutschland wurde 1945 mit der alliierten Entsorgung vom NS-Regime in Besatzungszonen aufgeteilt und besetzt. Die Westalliierten hauchten dem demokratischen Modell der Weimarer Republik in den Westzonen und Westberlin wieder Leben mit einem verstärktem Föderalismus, Konsenszwang und einer sinnvollen Machtbescheidung des Staatspräsidenten (Wegfall [Artikel 48 Abs. 1 der Weimarer Verfassung](#)) ein. Der östliche Sieger importierte sein eigenes Unrechtssystem mit Hilfe deutscher Exilkommunisten, erweitert um scheindemokratische Elementen (Scheinmehrparteiensystem und -parlament), in den vom Krieg verbliebenen neuen Osten Deutschlands. So wie es dieser sehr spezielle Sieger überall in seinem neuen Kolonialgebiet tat.

Somit war bereits die Sekunde Null von SBZ und DDR der Start in die Diktatur des Proletariats, in den Unrechtsstaat. Ein Unrechtsstaat kann bei Strafe seiner eigenen Ad-absurdum-Führung zwangsläufig nur einen neuen Unrechtsstaat kreieren. Stalin war Massenmörder, mit Sicherheit kein Selbstmörder. Das konstitutive Unrecht nahm in der SBZ mit Stalins Architektur und Ulbrichts Generalausführung des kommunistischen Staats- und Gesellschaftsgedankens sofort seinen avisierten Lauf. Am 30. April 1945 begann die berufsrevolutionäre Arbeit am nächsten deutschen Unrechtsstaat. Die Gruppe Ulbricht nahm Quartier in Bruchmühle bei Berlin in der künftigen SBZ.

Bei Wolfgang Leonhard steht hierzu in seinem Klassiker „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (ff. W.L. Jubiläumsausgabe 23. Auflage 2006; Kiepenheuer und Witsch, Köln)) über einen Zwischenaufenthalt auf dem Wege von Moskau nach Berlin in einem kleinen Ort in der Nähe Küstrins auf Seite 422/423:

„Zwei jüngere Offiziere begrüßten uns und luden uns zum Mittagessen ein... ‚Hoffentlich schmeckt es Ihnen... Wir freuen uns stets über ausländische Gäste...und jetzt freuen wir uns außerordentlich, Sie begrüßen zu können, da wir gehört haben, daß Sie die Mitglieder der neuen deutschen Regierung sind‘. ... Und dann ging die Fahrt weiter. ... ‚Wir sind da‘ sagte der Chauffeur. Wir befanden uns in einer kleinen schmucken Ortschaft, etwa 30 Kilometer östlich von Berlin. Es war Bruchmühle.“

## III

### **Zuerst die Täuschung: „...Es muss alles demokratisch aussehen...“**

Unter „*Wir setzen Bürgermeister und Bezirksverwaltungen ein*“ auf S. 437 zitiert Wolfgang Leonhard Walter Ulbricht:

„*Und nun zu unseren Genossen. Der erste stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung – das müssen unsere Leute sein.... Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.*“ (W.L. S.440).

### **Die Machtfrage wurde für immer festgelegt: Extreme Minderheit herrscht gegen das Volk**

Linksaußen suggerierte 2014 mit der „Tendenz zum Unrechtsstaat“ einen positiven Anfang in der SBZ/DDR. Hätten sie sich besser gleich um Ulbricht gekümmert, sie hätten dies‘ Märchen anders auftischen müssen. Der Vorsatz der deutschen Exilkommunisten war im April 1945 eindeutig. Die SBZ sollte eine kommunistisch alles durchdringende Verwaltung ungeachtet

jeglicher politischer Willensbildung in der Bevölkerung bekommen. Die Machtfrage wurde von Ulbricht mit Hilfe Stalins bereits am Anfang für, wie wir heute wissen, vierundvierzig bleierne Jahre Kasernensozialismus beantwortet.

Vom Start weg gab es keine Chancen auf persönliche, politische, wirtschaftliche Freiheit, auf freie Wahlen, auf Demokratie, auf unabhängige Justiz, auf unabhängige Medien. Die Rosstäuschung des lediglich „demokratisch aussehen“ galt für alle gesellschaftlichen Bereiche, sogar für die innerkommunistischen Proportionen selbst.

### **Die Verwaltungen wurden gemäß der Machtfrage aufgebaut**

Der gesamte Verwaltungsaufbau wurde an entscheidenden Positionen stringent mit Kommunisten besetzt. Siehe W.L. S. 437 *„Wir setzen Bürgermeister...ein.“* Innerhalb der kommunistischen Kader wurden die aus der Sowjetunion zurückgekehrten Exilkommunisten den die KZ's, Zuchthäuser und Illegalität überlebt habenden Heimatkommunisten vorgezogen. Es galt einzig die Ulbricht'sche Moskauer Linie, die in 12 Nazijahren gesammelten Erfahrungen der in Deutschland Überlebenden störten, waren nicht gefragt.

*„Als er dann schließlich die jetzige politische ‚Linie‘ darlegte, tat er es in einer Art, die jeden Zweifel darüber ausschloß, dass er und nicht die Berliner Kommunisten, die unter so schweren Bedingungen gearbeitet hatten, die Politik der Partei bestimmte.“ (W.L. S. 433).*

### **Auflösung der freien Antifaschistischen Komitees**

Der nächste Schritt auf dem Wege der Gleichschaltung war die Auflösung der antifaschistischen Komitees in der gesamten SBZ. Überall hatten sich nach dem Zusammenbruch enthusiastische Bürger, KZ-Überlebende, Sozialdemokraten, Kommunisten in solchen Komitees um die Wiederaufnahme zivilen Lebens gekümmert. Ulbricht setzte die brutale Auflösung dieser für einen richtigen Kommunisten beängstigenden Selbständigkeit in kürzester Zeit durch.

*„Es war der erste Sieg des Apparates über die selbständigen Regungen der antifaschistischen, links eingestellten Schichten Deutschlands.“ (W.L. S. 479).*

## **IV**

### **Die nächste Täuschung. „Die neue Linie“**

Die Hoffnungen auf überwältigenden Zuspruch für die Kommunisten trugen nicht. Im Gegenteil, die Kommunisten galten schnell als Stalins Gehilfen, bestärkt durch die Dominanz der Exilkommunisten über die, die in Deutschland überlebt hatten. Diesen Erkenntnissen folgend, beschlossen Stalin, Pieck und Ulbricht in Moskau die forcierte Gründung der KPD: *„Es wird keine einheitliche sozialistische Partei geben. Sowohl die KPD als auch die SPD werden als selbständige Parteien neu entstehen.“ (W.L. S. 480).*

Hintergedanke dabei war offensichtlich, zunächst das gespaltene Potenzial organisatorisch getrennt „einzusammeln“, um dies später unter kommunistischem Diktat zwangsvereinigen zu können. Auch bedurfte der Mitgliedskörper der zukünftigen KPD vor einer Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten dringend einer kommunistischen Rundumbesohlung. Damit das ideologische Diktat aus Moskau nicht durch freiheitlichen Sozialdemokratismus verwässert werden konnte. Was genauso ein Jahr später am 20. April

1946 geschah. Aus KPD und SPD wurde die kommunistische, der Tarnung halber „sozialistisch“ gemäntelte SED und die SPD verschwand bis 1989.

Zur neuen Linie gehörte unter dem Diktat des „Es muss demokratisch aussehen...“ auch die Zulassung bürgerlicher Parteien, die laut Festlegung „*der früheren Demokratischen Partei und dem Zentrum entsprechen*“ (W.L. S. 480) sollten. An weitere Parteien wurde zu diesem Zeitpunkt seitens der Machthaber noch (?) nicht gedacht. Einem selbständigen Recht der Bevölkerung auf Parteigründungen wurde von vornherein keine Chance eingeräumt. Alles war ein Brettspiel, und die Kommunisten legten die Regeln gemäß ihrem diktatorischen Staatsbild fest. Gemäß dem „Es muss demokratisch aussehen“ galt in der DDR viele Jahre die Mär, wonach die KPD, wie die anderen Parteien, sich erst nach dem 10. Juni 1945 gebildet habe, wie es der Befehl von Shukow beinhaltete. Erst 1953 brach Ulbricht in seinen gesammelten Reden und Aufsätzen das Schweigen über die Gruppe Ulbricht (W.L. S. 482/483). Das war dann lange nach Zwangsvereinigung, Zwangsverblockung, DDR-Gründung und wenige Tage nach der Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Ulbricht wählte sich demnach so sicher, dass er die Katze aus dem Sack lassen konnte. Die sowjetischen Bajonette hatten ihm gerade wieder einmal nachdrücklich geholfen. Vielleicht wollte er auch nur als großer Stratege in die Geschichtsbücher eingehen. Die „Neue Linie“ gab auch das neue Gewand der KPD, bis auf weiteres wurde auf „Sozialismus“ und „Marx/Engels“ in der Rhetorik der Kommunistischen Partei verzichtet. Es wurde sogar noch auf diesen eher unkommunistischen Habitus einer drauf gesetzt: „*Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.*“ (W.L. S. 485).

Auf Fragen eines Kommunisten, worin sich denn das KPD-Programm von den Programmen anderer Parteien unterscheiden würde, antwortet Ulbricht: „*Das wirst Du schon bald merken, Genosse! Wart nur mal ein bisschen ab!*“ (W.L. S. 486).

Es war derselbe Trick wie bei Lenin und dessen Neuer Ökonomischen Politik (NÖP): mit Hilfe scheinentfesselter Eigeninitiative die größte Not lindern und später alles wieder einsammeln. Was in der DDR mit den LPG-Gründungen dann begann und mit den letzten Verstaatlichungen der Restprivatwirtschaft 1972 sein vorläufiges planwirtschaftliches Ende fand, mit dem Ergebnis, dass die DDR-Wirtschaft Ende der 80er bildlich gesprochen vorm Baum stand, dass zwar der Wille zum Drucken der marxistisch-leninistischen Literatur ungebrochen war, die Druckmaschinen sozusagen ihren technischen Dienst für immer versagten.

### **Die Antifaschistisch-Demokratische Einheitsfront**

Nach der skrupellosen Zerstörung der frei entstandenen Antifaschistischen Komitees und der Bildung einer scheinbaren Parteienpluralität stand der nächste Schritt zur Gleichschaltung der Bevölkerung auf der Tagesordnung. Die Parteien KPD, SPD, CDU, LDPD sollten unter Führung der sowjetisch-bajonettgestützten KPD in eine Antifaschistisch-Demokratische Einheitsfront gezwängt werden. Pluralität dem Namen nach Ja, faktisch Nein! Das Korsett war festgelegt und unterlag brutaler Kontrolle.

Reibungslos lief dies alles nicht ab. Auch vor dem Hintergrund der massiven Bevorteilung der KPD seitens der Besatzungsmacht wurde Widerstand sichtbar. Selbst die Möglichkeit des Wirkens in die Bevölkerung wurde deutlich reguliert. Die „Deutsche Volkszeitung“ der KPD

durfte in einem sehr großen Format mit hoher Auflage drucken, die Zeitungen der anderen Parteien erschienen in kleineren Formaten und litten unter organisiertem Papiermangel.

Die als Neuauflage des alten „Zentrums“ angedachte bürgerliche Partei mit christlichem Hintergrund lief nicht wie von der KPD geplant ab. Andreas Hermes und Jakob Kaiser wollten mit einer [CDU](#) eine breiter aufgestellte bürgerliche Partei der Mitte gründen. Dies rief die KPD auf den Plan. Führende Kommunisten schalteten sich in diese Parteigründungen ein. Konnte die KPD die CDU nicht verhindern, so kümmerte sie sich massiv um die baldige Gründung der LDP.

Nachdem die Geburt der bürgerlichen Parteien CDU (25. Juni 1945) und LDP (14. Juli 1945) unter Schwierigkeiten realisiert war, wurde eine Woche nach der LDP das Kommuniqué über die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront veröffentlicht. Also nichts da mit Pluralismus! Alle ab in einen Topf, und die Richtung bestimmt, wie gehabt, die KPD (W.L. S. 497).

Ein sehr schönes Beispiel der gesteuerten Parteiengründungen liefert Wolfgang Leonhard auf Seite 499 mit der Schilderung eines Gesprächs zwischen einem Ortskommandanten der Roten Armee und einem KPD-Mitglied:

„Du bekommen Auftrag, gründen alle Parteien, wie hier geschrieben.“ „Aber das geht doch nicht, Genosse Kommandant, ich bin doch Sekretär der KPD-Ortsgruppe und kann doch nicht die anderen Parteien gründen!“ Das schien dem Kommandanten einzuleuchten. „Du kennen Sozialdemokraten?“ „Ja, Genosse Kommandant, aber die sind jetzt in die KPD eingetreten.“ „Nitschewo! Müssen wieder austreten und gründen SPD, wie steht hier geschrieben.“ So geschah es auch. Schließlich wurden noch zwei Bürgerliche gefunden, die Ortsgruppen der anderen beiden Parteien organisierten.... Der Kommandant...: „Jetzt müssen noch schnell Einheitsfront gründen!““

Wolfgang Leonhard auf Seite 500:“ .., aber was die ‚Linie‘ anbetraf, so entsprach die Entwicklung zunächst genau den Direktiven, die Wilhelm Pieck aus Moskau mitgebracht hatte.“

### **Anton Ackermann bereitet den Boden für Zwangsvereinigungskampagne mit der SPD vor.**

Anfang 1946 war es dann soweit. Die SPD musste als eigenständige Kraft verschwinden, eine einzige mitgliederstarke kommunistische Partei als Plattform einer kommunistischen Diktatur übrig bleiben. Der Wettlauf um die Mitglieder war für die „Russen-Partei“ KPD verloren. Aus dem Ruder durfte nichts laufen. Allerdings musste den freiheitlich aufgestellten Sozialdemokraten diese Fusion schmackhaft gemacht werden. Am besten ging dies mit nach einer selbständigen Entwicklung für die SBZ zeigenden Signalen. Also wie gehabt mit List und Tücke. Auf den Plan durfte [Anton Ackermann](#) mit der Frage „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ treten.

Seine These vom eigenen Weg zum Sozialismus schienen geeignet, die Sozialdemokraten im Speziellen und die Bevölkerung im Allgemeinen für die Vereinigung von KPD und SPD positiv einzustimmen. Seitens Moskau und der KPD-Führung kann für das Zulassen dieser These von wohl dosiertem Opium für das Volk gesprochen werden, die auch schnell wieder eingefangen wurde. Nach dem Abfall Jugoslawiens 1948 musste Ackermann seine Ideen widerrufen.

Er mag durchaus für eine Minderheit gestanden haben, zu der auch Wolfgang Leonhard gehörte, die tatsächlich einen menschlicheren Weg für die SBZ suchen wollte.

Eine mögliche Gelegenheit, die spätere DDR mit freiheitlicheren Grundlagen auszustatten war dies, realistisch betrachtet, zu keinem Zeitpunkt.

Bereits Lenin verbot Fraktionsbildungen in der Bewegung. „Demokratischer Zentralismus“ hieß das Terror- und Diktaturinstrument. Das Heft des Handelns lag immer straff bei Ulbricht und Pieck, ein Ackermann gab unter diesen Konditionen nur den nützlichen Idioten. Nicht mehr und nicht weniger.

Der gesamte Prozess der Zwangsvereinigung von KPD und SPD am 22. April 1946 ist nicht Gegenstand dieses Artikels. [Literatur](#) gibt es zu Genüge.

### **Die Teilnahme von Massenorganisationen an Wahlen**

Probates Mittel, Machtverhältnisse zu kaschieren und Wahlen wirkungslos zu machen, war bis 1989 die Teilnahme von so genannten Massenorganisationen wie FDGB, Kulturbund, Frauenausschüsse/DFD, FDJ. Dies setzte Ulbricht im Vorfeld der ersten Landtagswahlen zum 20. Oktober 1946 durch. Auch öffnete sich die SED nun den kleinen PGs (Parteigenossen der NSDAP/“*Es lebe die SED, der große Freund der kleinen Nazis*“ W.L. S.553) und Mitläufern. Mit großem materiellen Aufwand, mit einem großen organisatorischen Vorsprung vor den Mitbewerbern CDU und LDP und den Massenorganisationen, die sämtlich mit SED-Leuten an der Spitze besetzt waren, gelang es der SED dennoch nicht, in diesen einzigen freien [Wahlen in der SBZ](#) einen klaren Sieg davon zu tragen. Knapp über 50 Prozent an SED-Mitgliedern in den Landtagen war aus Sicht der SED eine dramatische Differenz zu erhofften Prozenten nahe dem oberen Fünftel. Heute wären über 50 Prozent in Wahlen tolle CSU-Ergebnisse, die Gewinner würden jubeln. Die SED konnte nicht jubeln. War ihre Propaganda doch auf eine fundamentale Zustimmung ausgerichtet gewesen. Trotz der sowjetischen Bajonette, trotz der Repressionssituation, trotz des immensen materiellen Aufwandes, trotz der massiven Benachteiligung der Konkurrenz, trotz der enormen organisatorischen Rückstände der anderen Parteien wurde die SED blamiert. In Russland würde es heute unter solchen Bedingungen weit über 90-Prozent-Ergebnisse Putins geben.

Es war eine Blamage, die Folgen haben sollte. Einheitslisten und Zwangsverblockung von CDU und LDP in der Nationalen Front waren die unausweichlichen Folgen nach dem Lehrsatz „Es muss demokratisch aussehen...“.

### **Die Wahlen vom 20. Oktober in Berlin**

Es hatte alles nichts genützt. Obwohl seit dem 30. April 1945 die Gruppe Ulbricht Sorge trug, dass in der gesamten Berliner Verwaltung vor Einzug der Westalliierten kommunistische Gewährsmänner installiert waren, war der [Wahlausgang für die SED](#) vernichtend. Auf Grund des Alliiertenstatus trat auch die SPD in ganz Berlin an, die übrigens bis 1961 ein Büro in Ostberlin unterhielt.

Die Ergebnisse: SPD 48,7 Prozent, CDU 22,1 Prozent, SED 19,8 Prozent, LDP 9,4 Prozent. In diesen Wahlen votierten nicht nur so genannte kleinbürgerliche Wähler, sondern vor allem die Industriearbeiter gegen die SED. „SED – das tut weh!“ in früher Form.

## V

**Die Sowjetisierung beginnt (W.L. S. 564)**

Die Wahlen waren (miserabel) gelaufen. Eine gesamtdeutscher werdende Stimmung in der Bevölkerung mit der Hoffnung auf Freiheit und Demokratie war für die Konstrukteure der Diktatur mit Händen zu greifen.

*Gespräch W.L. (S. 560). mit einem höherem sowjetischen Offizier:*

„Stellen Sie sich vor, Genosse Leonhard, in Berlin und in der sowjetischen Zone würden völlig unbeeinflusste Wahlen stattfinden... und allen Wahlberechtigten würde nur eine Frage vorgelegt: **Sind Sie für den Osten** oder sind Sie für den Westen?...Bei einer solchen Wahl würden... etwa 15 – 20 Prozent für den Osten und 80 bis 85 Prozent für den Westen stimmen.... Der Politoffizier zu W.L.: „Sie haben ein gutes Gefühl für Massenstimmung. Zum gleichen Resultat sind wir auch gekommen.“

Diese Prozente galten für die gesamte DDR-Zeit und wurden 1990 eindrucksvoll bestätigt. Auch heute würden sie noch so zustande kommen, wenn die Wahlmüden sich nicht der Wahlen enthalten würden.

Es mussten nach den Wahlen also Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die SBZ wurde jetzt forciert zum offen erkennbaren Bestandteil der Sowjetunion. Von nun an hieß es bis zum „Sputnik“-Verbot 1988: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“. Die taktische These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus fiel, Ackermann musste widerrufen (W.L. S. 577).

**Listig: Noch kein direkter Weg zu einem Einparteiensystem**

Ende 1947 war Schluss mit der bis dahin bedingt gefühlten relativen Autonomie von Ost-CDU und LDP: *„Mit der Absetzung des demokratisch gewählten Parteivorstandes am 20. Dezember 1947 endete die Möglichkeit der CDU, ihre Positionen selbst bestimmen zu können. Vorangegangen war Kaisers aufsehenerregende Rede auf dem 2. Parteitag der CDU in Berlin am 6. September 1947, in der Kaiser forderte, die CDU müsse ‚Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen‘ sein.“ (Wikipedia).*

Der LDP erging es ähnlich: *„Die LDP galt nach 1945 als Gegner der SED in der sowjetischen Besatzungszone. Sie hatte vor allem Zulauf von jungen Leuten, die den Kommunismus ablehnten. Viele von ihnen wurden vom [NKWD](#) verhaftet, kamen ins Zuchthaus oder in sowjetische Straflager. Prominenteste Fälle waren der Leipziger Studentenratsvorsitzende [Wolfgang Natonek](#) (LDP), der im November 1948 verhaftet und zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, sowie der LDP-Jugendreferent von Mecklenburg-Vorpommern, [Arno Esch](#), der 1949 verhaftet und 1951 in [Moskau](#) erschossen wurde.*

*Am 8. August 1950 wurde LDP-Generalsekretär [Günther Stempel](#) offiziell „wegen Ablehnung des Wahlgesetzes der DDR“ verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Am 8. Dezember 1950 verurteilte das Oberste Gericht der DDR den früheren thüringischen Finanzminister [Leonhard Moog](#) (LDP) zusammen mit seinen Mitarbeitern in Abwesenheit „wegen Sabotage“ zu hohen Haftstrafen. Der stellvertretende DDR-Ministerpräsident [Kastner](#) wurde unter dem Vorwurf der Verschwendungssucht und Korruption aus seinen Ämtern entlassen und aus der LDP ausgeschlossen. Im Dezember 1952 wurde Außenhandelsminister Karl Hamann zum Sündenbock für Versorgungsmängel gemacht und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.“ (Wikipedia)*



Was der SPD 1946 mit der Zwangsvereinigung geschah, ihr Verschwinden, dies ging nun mit LDP und CDU unter dem Motto „Es muss demokratisch aussehen...“ in die Zwangsverblockung hinein, straff organisiert, weiter. Für die späten politischen Kunstobjekte NDP(D) und DBD war dies ohnehin klar. Zuerst hieß das Parteiengefängnis „Demokratischer Block“ und in den Gründungsvorbereitungen zur DDR im Jahr 1949 wurde daraus die „Nationale Front“ mit ihrer Einheitsliste. Das faktische Einparteiensystem wurde geschaffen. Die DDR als quasi Einparteiensystem mit politischer Strafjustiz stand seit 1945 in der Tür und würde bald kommen...

Hierzu Walter Ulbricht am 16. April 1948 (W.L. S. 592,93):

„In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen...‘ - Wir haben jetzt die Möglichkeit, unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern...‘. (sic!, G.W.). ...“Wir... werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist‘. Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen‘, meinte Ulbricht.“

*Zwei Monate später wurde die Gründung der National-Demokratischen Partei und der Bauernpartei bekannt gegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien Sowjetzonen-CDU und LDP zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplitten.*

Eine Leimrute auf diesem Weg war ein von der Militäradministration zugelassenes, wahrscheinlich sogar von ihr inspiriertes Plakat. „In riesigen Lettern leuchtete uns die Losung entgegen: ‚Gegen den Marxismus – für Demokratie‘. Ganz klein unten, in winziger Schrift, standen die Worte ‚Mit Genehmigung der sowjetischen Militäradministration‘...“ (W.L. S. 597).

Wer's glaubte, sollte selig werden. Für alle, die sich wunderten war klar, es war ein Fake zum Anlocken der kleine PGs. KGB-Putin macht es heute nicht anders.

### **Der Nonsens Volksdemokratie**

Die nächste Stufe auf dem Weg in die offizielle Diktatur wurde mit dem doppelten Lottchen Volksdemokratie erklommen. Im Begriff steckte zweimal das Wort „Volk“, in „Volk“ selbst und in dem griechischen Wort „Demos“. Eine Plattitüde sondergleichen. Ungeachtet dessen las und hörte man den Verbalknoten bis 1989 ununterbrochen. Genauso wie das Lied von den „Kommunistischen und Arbeiterparteien“, worin sich die SED zeitlebens immer laut und vernehmlich zu den kommunistischen Truppenteilen innerhalb dieser Floskel rechnete, zudem waren die SED-Mitglieder immer Kampfgenossen. Eine verbale Nummer darunter ging da nichts.

Laut Leonhard erklärte Oberst SERGEJ Iwanowitsch Tulpanow: „Die Volksdemokratie sei eine ‚demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern‘, die in Form einer Koalitionsregierung ausgeübt werde.... Die Volksdemokratie werde sich zu einer Diktatur des Proletariats entwickeln, nicht durch eine neue Revolution, sondern durch eine konsequente Weiterentwicklung, wobei allerdings die Schaffung einer einheitlichen Partei notwendig ist.“

Nun also der zweite verbale Schwachsinn: Nach der „Volksdemokratie“ sollte jetzt die „demokratische Diktatur“ kommen. Demokratie und Diktatur gehen eigentlich nicht wirklich zusammen. Für gläubige und glauben wollende Kommunisten wohl schon.

Tulpanow erklärte Mitte April 1948: **„Wohl gibt es unterschiedliche Formen, die den nationalen Bedingungen entsprechen. Formen und Methoden können verschieden sein, aber der Inhalt wird und muss immer gleich sein...“.** (W.L. S. 595/96)

### **Sozialistische Okkupation**

Die Machtverhältnisse waren geregelt. Besatzungsmacht und deutsche Kommunisten konnten es sich endlich leisten, völlig unverblümt (und damit für Andersdenkende repressiv) zu reden.

Tulpanow 1948 (W.L. S. 597/598): „Als einzige Entschuldigung dafür kann ich nur sagen, „...daß wir uns vorher mit einer sozialistischen Okkupation noch nie beschäftigt hatten.

Sozialistische Okkupation – das war für uns etwas völlig Neues.“ (W. L. S. 597/98)

Wolfgang Leonhard sann darüber nach: „Sozialistische Okkupation – sind das nicht letzten Endes zwei Begriffe, die einander ausschließen? Hatte nicht Friedrich Engels geschrieben:

„Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volke irgendwelche Beglückungen aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben.““ (W. L. S. 598)

Und wie sehr Friedrich Engels damit Recht hatte. 1989 brach der sowjetische Kommunismus zusammen, nicht ohne vorher 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn, 1968 in den „Bruderländern“ blutig Ordnung geschaffen und den eigenen Sieg untergraben zu haben.

### **Partei neuen Typus**

Im Sommer 1948 war die Zeit reif, aus der scheindemokratischen SED mit ihrer formal innerparteilichen Parität KPD/SPD eine kommunistische Kampfpartei zu formen. Rücksichten auf frühere Sozialdemokraten mussten nicht mehr genommen werden. Vor allem Moskauer Exilanten nahmen die frei werdenden Plätze ein.

Die SPD-Mohren hatten ihre Schuldigkeit getan. Entweder mitmachen oder Rauswurf mit existenziellen Folgen. Ein weiterer großer Exodus vormaliger Sozialdemokraten und politisch anders Denkender ins freie Westdeutschland begann.

Die SED wurde in eine [Partei neuen Typus](#), eine kommunistische Kaderpartei umgeformt.

Ihren auf Waffengewalt begründeten Führungsanspruch setzte sie unerbittlich durch.

Sämtliche Schlüsselpositionen wurden mit SED-Kadern besetzt.

## **VI**

### **Die DDR-Gründung muss demokratisch aussehen: Die Verfassung vom 7. Oktober 1949**

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich die Provisorische Volkskammer - der „Deutsche Volksrat“, ein Organ des „Deutschen Volkskongresses“, der trotz Manipulationen und Einheitsliste im Mai 1949 nur 66 Prozent Zustimmung von den SBZ-Wählern erfuhr.

Am 7. Oktober 1949 trat ebenfalls die [erste Verfassung](#) der DDR in Kraft – (für mich) ein buntes Sammelsurium nie einklagbar gewesener Grundrechte, zumal der politischen, ein Konglomerat von geschäftsordnungsähnlichen Formulierungen und Anleihen bei üblichen bürgerlich-zivilrechtlichen Gesetzen, die selbstverständlich ebenfalls nie einklagbar waren und immer dem SED-politischen Vorbehalt unterlagen.

Diese Verfassung wurde staatspolitisch und –rechtlich nie gelebt. Alles sollte „demokratisch aussehen“. Nichts war tatsächlich demokratisch oder gar freiheitlich. Vorgeblich unpolitisch scheinende Rechte waren nichts weiter als Zugeständnisse der Partei an die Bevölkerung. So wie es in jeder Diktatur auch Bereiche relativ normalen Rechtslebens gab und gibt. Selbst in der NS-Diktatur wurde auch Zivilrecht gesprochen. Dennoch bestreitet wohl niemand ernsthaft, dass das Dritte Reich ein Unrechtsstaat war.

## VII

### **Unrechtsstaat**

In der Verfassungswirklichkeit des kommunistischen Systems waren Freiheit, freie Wahlen, unabhängige Justiz, unabhängige Medien nicht nur nicht vorgesehen, sie hießen „bürgerlich-dekadente“, „faschistische“ und „imperialistische Instrumente der Ausbeutergesellschaft“ und galten als endgültig ausgemerzt. Die kommunistische Revolution hatte über diese zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte einen vier Jahrzehnte andauernden dezivilisierenden Sieg davongetragen.

Der Kommunistische Staat gründete sich seit Lenin auf persönlicher und politischer Unfreiheit des Individuums, auf Willkür, auf Enteignung, auf Gleichschaltung, auf Einparteienherrschaft und Allmacht der Partei - offen „Diktatur des Proletariats“ genannt - mit dem Verbot von Fraktionsbildungen, auf Scheinparlamenten, auf den so genannten „demokratischen Zentralismus“, auf einer Parteijustiz, auf Parteimedien usw. usf..

Die DDR war tagtäglich praktizierter Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit. An Verfassung statt fungierte das SED-Politbüro auch über der Regierung. Unter ständigem Repressionsdruck funktionierte der [Unrechtsstaat DDR \(Richard Schröder S. 3\)](#) bis an sein vom Volk erzwungenes Dahinscheiden im Herbst 1989.

Die DDR war ein Unrechtsstaat mit hunderten politischen Häftlingen, zerstörten Existenzen und vielen in Haft Gestorbenen, über tausend Toten an der innerdeutschen Grenze, Menschenhandel usw.usf.. Hier eine Recherche aus dem Jahr 2010 zu [den Opferzahlen](#).

Selbstverständlich kann die DDR an dieser Stelle nicht dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat gleichgesetzt werden. Dies wäre allenfalls für die ersten NS-Diktaturjahre mit politischer Verfolgung, Zuchthaus, Lager (im Herbst 1989 waren in der DDR wieder Lager vorbereitet und zum Teil auch, z.B. in den Markkleeberger Pferdeställen, genutzt) bis 1936/37 möglich.

Nur lassen sich Nationalsozialismus und Kommunismus vergleichen. Die spät erzeugte kleine DDR kann für Lenins und Stalins Morde nicht in Verantwortung genommen werden. Wohl aber für die Verleugnung dieser Verbrechen.

## VIII

### **Versuch einer psychologischen Betrachtung der nach 1945 handelnden Kommunisten**

Ulbricht, Pieck und Co. waren in der Sowjetunion nicht nur Zeuge von Massenterror, - hinrichtungen, -denunzierungen, sie waren dort auch Handlanger und Täter. Überlebt hatten meistens die schlimmsten Wölfe. Nur wenige, wie Wehner es bspw. von sich behauptete, denunzierten Leute, die ohnehin bereits verloren waren. Man kann getrost davon ausgehen, dass an den Händen Ulbrichts, Piecks, Gyptners, Fischers u.v.a. Blut klebte. In Verbindung

mit ihrem religiösen Pathos einer „historischen Mission“ fielen diese Morde und Mordkomplote sicher sehr leicht. Politische Intrigen in Verbindung mit der psychischen und physischen Vernichtung vermeintlicher oder tatsächlicher Widersacher gehörten zur Normalität. Mit Fug und Recht kann davon ausgegangen werden, dass die Verwaltung der SBZ und der Aufbau der DDR maßgeblich in diesem Sinne von ethisch völlig gewissenlosen Verbrechern durchgesetzt wurde. Sozusagen eine RAF an der regulären Macht: Die Straße wird nicht mehr für den eigenen Terror benötigt, sie gehört ab sofort zum geschützten Besitz. Und Andersdenkenden wird die Straße selbstverständlich brutal verwehrt. Das Interesse an Destabilisierung des Staates weicht mit der Machtübernahme durch Extremisten augenblicklich einer repressiven Stabilisierung und Ordnung der neuen staatlichen Machtverhältnisse.

Hierin unterscheiden sich Rechts-, Links- und Islamextremismen weltweit nicht. Auch diese Erkenntnis muss von RotRotGrün in Thüringen erwartet werden! Nur Demokratien schützen politische Pluralität und Meinungsäußerung mit den Mitteln des Rechtsstaates. Zu keinem Zeitpunkt waren in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1989 legale Demonstrationen möglich. Die latente Bedrohung mit Gulag, mit den vormaligen Konzentrationslagern der Nazis als wiedereingerichtete Lager der Kommunisten, Bautzen, Waldheim u.v.a. Gefängnissen und Zuchthäusern, NKWD, MWD, Deutsche Verwaltung des Inneren/K5, die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, das MfS (ausdrücklich ohne Kontrolle durch das Scheinparlament), die Deutsche Grenzpolizei und Transportpolizei als originäre Bestandteile des MfS erstickten von vornherein jeden Gedanken an Freiheit.

Menschliche wunderbare Ausnahmen wie Wolfgang Leonhard, der deshalb auch nie zum Innerzirkel der Ober-Kommunisten gehörte, waren die Ausnahme und verließen den pathologisch-absurden Käfig lebend, falls sie Glück hatten.

Hier empfiehlt sich die Lektüre des Biographischen Namensverzeichnisses im [„Archipel Gulag“](#) von Alexander Solschenizyn. Die Liste der gewaltsam zu Tode gekommenen oder im Exil verstorbenen Kommunisten lässt den paranoiden, heute putinesken Apparat und das schlagend/kriecherische Leben der Zahnräder und –rädchen recht gut erahnen. Wer in Verbrechen denkt und lebt, der kann nicht in der Lage sein, Freiheit und Demokratie aufzubauen. Das Leben in einer Parallelwelt bietet nicht die Phantasiemöglichkeiten. So wie weiland Spartakus ebenfalls keine bessere Welt vor Augen hatte, sondern sich nur die Umkehrung der Verhältnisse zu seinen Gunsten vorstellen konnte.

Diese Gedankenführung lässt heute auch Rückschlüsse auf Putins Denken und Handeln zu. Für ihn sind Freiheit und Demokratie nur Taktik und Strategie seiner vermeintlichen Gegner. Dass es uns tatsächlich um Freiheit und Demokratie geht, dies ist außerhalb seines Denkvermögens.

Die Thüringer Linksaußenkoalition muss spätestens an diesem Punkt ansetzen, will sie Aufarbeitung tatsächlich ernst nehmen. Es waren Stalin und die Gruppe Ulbricht, die dem Osten Deutschlands die Diktatur, den Unrechtsstaat von Anfang an aufdrückten. Nie gab es das Ziel der neuen Machthaber, auf die Bajonette der Roten Armee gestützt, auch nur in Teilen Freiheit und Demokratie eine Chance zu geben. SBZ und DDR waren genau das, was sich Stalin, Ulbricht, Honecker und Co. unter einer sozialistischen Diktatur des Proletariats

vorstellten. Die ostdeutschen Kommunisten hatten gemäß ihres Bildes eines sozialistischen Staates nichts falsch gemacht. Wer „seine“ Bevölkerung auf ein einziges Maß nivellieren will, muss enteignen, wegnehmen, muss Eigenständigkeit kanalisieren bzw. unterbinden, muss geheimpolizeilich überwachen, muss drohen und einsperren, muss den Weg in die Freiheit zumauern, muss aus seinem Staat ein Gefängnis machen und an seinen Grenzen töten. Auch nur die kleinste Abweichung von einzelnen dieser Zwänge führt zur Erosion des Gebildes „Diktatur des Proletariats“.

[Quod erat demonstrandum](#) 1989: Die SED hoffte nach dem Leipziger Volksaufstand vom 9. bis 16. Oktober 1989 mittels der Dialoge, dem Laufenlassen der Demonstrationen, mit der zugelassenen Demonstration am 4. November in Berlin ihren Staat retten zu können. Was in einen grandiosen Schiffbruch überging.

Diktatur des Proletariats und Freiheit waren und sind wesensfremde Gebäude. Sobald ein Unrechtsstaat Freiheit und Demokratie zulässt, beendet er sein Leben als Unrechtsstaat. Gemäß diesen Erkenntnissen versucht Putin aktuell, die sich demokratisierende Ukraine mittels Expansion und Destabilisierung in die Vergangenheit zurückzuschießen.

## IX

### **Mein Verhältnis zu Wolfgang Leonhard**

Im Text zitiere ich sehr oft Wolfgang Leonhard. Mit Wonne zitiere ich ihn. Ich hatte das Glück, ihn im Rahmen einer Veranstaltung der Kurt-Schumacher-Gesellschaft Bonn e.V. am 6. Januar 1990 im Reichstag kennenzulernen. Er war Hauptreferent zum Thema „Entwicklungen in der DDR und mögliche Einheit“. Die Einladung hatten Leipziger Sozialdemokraten anlässlich eines Besuchs von Annemarie Renger Mitte Dezember in Leipzig erhalten. Die Mauer war kurz vorher in den Westteil Berlins gefallen. Es war eine wunderbare Zeit mit ungeahnten Eindrücken.

Ein zweites Mal traf ich auf Wolfgang Leonhard und seine Frau Elke zum Leipziger SPD-Ost-Parteitag vom 22.-24.02. 1990 in Markkleeberg. Am 23.02. abends luden beide einige Leipziger Neu-Sozialdemokraten und Gründungsmitglieder der am 04.02. 1990 in Leipzig gegründeten DDR-Kurt-Schumacher-Gesellschaft ein. Als deren Gründungsvorsitzender war ich mit an Bord. Hoch oben im Interhotel „Mercur“, für uns Ostdeutsche Neuland, erlebten wir eine sehr interessante Unterhaltung mit dem Gruppe-Ulbricht-Abtrünnigen Leonhard und seiner ebenfalls publizistisch tätigen Ehefrau.

Mir als Kandidaten zur kommenden Volkskammerwahl gab Wolfgang Leonhard zwei „Aufträge“ mit auf den Weg. Ich möge mich in der Volkskammer für die Bildung einer Historikerkommission stark machen und nicht nur diese Kommission solle sich um die Aufklärung der Todesumstände des ersten sächsischen SED-Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs kümmern. Friedrichs war ursprünglich zwangsvereinigungsunwilliger Sozialdemokrat, der sich im Laufe der SED-Kampagne zum Fusionswilligen mauserte, jedoch an einen eigenen Weg der SBZ und Deutschlands glaubte. Mit letzterer Position war er den KPD-Hardlinern in der sächsischen SED um dem (KPD-)Innenminister Kurt Fischer schwer im Wege. Unter für Wolfgang Leonhard und für viele Zeitzeugen dubiosen Umständen starb Friedrichs 1947 eines plötzlichen Todes. Wolfgang Leonhard hielt Gift in diesem Zusammenhang für eine durchaus mögliche Erklärung.

Am nächsten Tag nahmen mich Elke und Wolfgang Leonhard mit zu einem DDR-Verlagsgespräch bezüglich einer DDR-Auflage seines Klassikers [„Die Revolution entläßt ihre Kinder“](#). Ich meine, es war der Reclam Verlag Leipzig gewesen.

Selbstverständlich nahm ich Wolfgang Leonhards Bitten sehr ernst und schrieb bereits im April einen Antragsentwurf der SPD-Fraktion zur Einsetzung einer Historikerkommission durch die Volkskammer. Rüdiger Fikentscher, damals noch straff auf der Seite der SED-PDS-Gegner und Mitglied im Kulturausschuss der Volkskammer bekam meinen Entwurf und teilte mir mit, dass eine solche Kommission eine Enquetekommission der Volkskammer sein müsse. Dies würde aber noch einige Zeit dauern. Zuerst stünden die Staatsverträge auf der Prioritätsliste. Bis zum Beitritt der DDR am 3.10.1990 zur Bundesrepublik tat sich dann nichts mehr. Es gab aber auch wirklich sehr viel zu tun und ich tröstete mich mit der Aussicht, dass es mit der kommenden Einheit bald viel besser möglich sein würde, eine solche Kommission arbeiten zu lassen. Immerhin gab es in der Volkskammer bei historisch brisanten Themen immer eine spürbare Mehrheit von SED-PDS und ehemaligen Blockparteien, nicht nur beim Thema Stasi und Parteivermögen.

In der SPD-Bundestagsfraktion wurde sehr schnell eine AG „40 Jahre SED-Herrschaft“ gegründet, in der ich meinen Antrag wiederholte. Im Verlauf vieler Diskussionen in der SPD und mit den anderen demokratischen Bundestagsparteien wurde der Boden für die [Enquetekommission](#) „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ durch weitere Kollegen bereitet, darunter besonders Rolf Schwanitz und Markus Meckel. Auf eine herausgehobene Mitwirkung Wolfgang Leonhards wurde seitens der Enquetekommission leider kein Wert gelegt. Dies hatte ich damals sehr bedauert.

Die Causa Rudolf Friedrichs versuchte ich erstmals 1992 in Fahrt zu bringen. Ein Brief an den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf führte zu einer Untersuchung der 1947er Ereignisse im Auftrag des Staatskanzleichefs Arnold Vaatz, MdL. Diese Untersuchung erbrachte keine neuen Erkenntnisse, konnte aber auch die Verdachtsmomente nicht ausräumen. 1997 forschte das Hannah-Arendt-Institut Dresden unter Federführung von Dr. Mike Schmeitzner tiefgründiger zum Thema. Heraus gekommen ist ein überaus lesenswertes Buch [„Einer von beiden muss so bald wie möglich entfernt werden!“](#).

Mit [Wolfgang Leonhard](#) verband mich bis zu seinem Tod eine sehr liebenswerte Bekanntschaft.

Wolfgang Leonhard  
**Die Revolution  
 entläßt ihre Kinder**

Für Günter Weißgerber  
 Zur Erinnerung an gemeinsame  
 Erlebnisse und Erfahrungen  
 in der friedlichen Revolution  
 von 1989

Hertzelt

Wolfgang Leonhard  
 Kiepenheuer & Witsch

Moskau, 16. III - 2008



Berlin, 24.06.2008; SPD-Hoffest